

Antrag

der Abgeordneten Martin Sichert, Jörg Schneider, Dr. Christina Baum, Kay-Uwe Ziegler, Thomas Dietz, Jürgen Braun, Martin Reichardt, Frank Rinck, Carolin Bachmann, Dietmar Friedhoff, Dr. Götz Frömming, Kay Gottschalk, Stefan Keuter, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, René Springer, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Geburtshilfe in Deutschland flächendeckend sicherstellen – Fehlanreize beseitigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Hebammenverband kritisierte, dass Frauen und Neugeborene im Kreissaal immer öfter unzureichend versorgt seien. In Deutschland versorgten Hebammen in den Kliniken dauerhaft mehr als doppelt so viele Patienten wie in anderen europäischen Ländern.¹ Die Zentralisierung, d. h. die Schließung von immer mehr Kreißsälen deutschlandweit, führt dazu, dass Frauen abgewiesen werden müssen oder weite Wege hin zu großen Spezialabteilungen zurücklegen müssen, wo über das Fallpauschalen-System (DRG) der Fehlanreiz, unnötiger Interventionen und Pathologisierungen aus ökonomischen Gründen besteht.² Ambulante Versorgungslücken führen dazu, dass ambulante Leistungen auch vor- und nachgeburtlich unnötig in stationären Einrichtungen durchgeführt werden müssen und dort die ohnehin zu knappen Ressourcen binden.³ Gemäß dem Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) gilt die flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfe als gefährdet, wenn die PKW-Fahrzeiten zur Klinik länger als 40 Minuten dauern.⁴⁵

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

deshalb einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem sichergestellt wird, dass

1. auch durch den Aufbau neuer Krankenhausabteilungen für jede Schwangere die Erreichbarkeit einer Geburtshilflichen Abteilung innerhalb von 40 Minuten gegeben ist;
2. eine Eins-zu-Eins-Betreuung, d. h. die Betreuung einer Gebärenden durch eine Hebamme durchgeführt wird;

¹ www.kn-online.de/Nachrichten/Schleswig-Holstein/Geburtshilfe-in-Not-Hebammen-muessen-sich-um-fuenf-Gebaerende-kuemmern

² www.aerzteblatt.de/nachrichten/111903/Der-Geburtsmodus-muss-aus-dem-DRG-System-gestrichen-werden

³ www.neues-deutschland.de/artikel/1117968.internationaler-hebammentag-es-brennt-in-der-geburtshilfe.html

⁴ www.g-ba.de/presse/pressemitteilungen/745/

⁵ www.g-ba.de/themen/bedarfsplanung/sicherstellungszuschlaege/#:~:text=Seit%202021%20ist%20die%20F%C3%B6rderung,maximal%20sind%20800.00%20Euro%20m%C3%B6glich.

3. bei Einsatz freiberuflich tätiger Hebammen in Geburtshilflichen Abteilungen eine Haftpflichtversicherung durch den Auftraggeber besteht sowie
4. bei der Vergütung geburtshilflicher Leistungen Fehlanreize zu unnötigen Interventionen und Pathologisierungen aus ökonomischen Gründen vermieden werden.

Berlin, den 3. Februar 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Paare, die sich für Kinder entscheiden, die damit die Steuer- und Sozialabgabenzahler der Zukunft erziehen und die damit den Generationenvertrag erfüllen, haben Anspruch auf die bestmögliche Unterstützung von Anfang an. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene in Deutschland. Davon kann bisher keine Rede sein. So bedingt zum Beispiel die Betreuung mehrerer Gebärender durch eine Hebamme – statt einer regelhaften Eins-zu-Eins-Betreuung – in Deutschland eine unnötig hohe Kaiserschnitttrate. Allein schon das ist nicht hinnehmbar. Die Verbesserung der Situation darf nicht an der Finanzierung scheitern: Wenn es um Integration geht, ist immer Geld vorhanden. Das muss dann auch für die Familien in Deutschland so sein. Die Haftpflichtversicherungsprämien für Hebammen steigen an und drängen Hebammen aus ihrer Tätigkeit, statt – wie es beim derzeitigen Hebammenmangel wünschenswert wäre – in die Tätigkeit. Dem muss entgegengewirkt werden. Im Antrag wird zur Verbesserung der Lesbarkeit nur die weibliche Form „Hebamme“ verwendet, aber damit sind Menschen jeglichen Geschlechts gemeint und inbegriffen.